Antrag

der Abg. Daniel Rottmann u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

Neue Asylwelle aus der Schweiz? – Schweizer Asylzentrum an der deutschen Grenze

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob sie bestätigen kann, dass 300 Meter von der deutschen Grenze bei Konstanz entfernt zum 1. März 2019 die Schweiz ein Ausreisezentrum einer Art errichtet bzw. neu eingerichtet hat, aus dem erfahrungsgemäß 60 Prozent der Untergebrachten verschwinden, weil ihnen die Abschiebung bevorsteht;
2. ob sie bestätigen kann, dass nach Lukas Reichlin – Sprecher des Staatssekretariats für Migration der Schweiz – 61 Prozent der Flüchtlinge, die im vergleichbaren Bundesasylzentrum Embrach/Schweiz untergebracht sind, untertauchen und weiterwandern;
3. für wie hoch sie die Wahrscheinlichkeit hält, dass Untergebrachte in Kreuzlingen, denen die Abschiebung bevorsteht, ins 300 Meter entfernte Deutschland abwandern;
4. ob ihr bewusst ist, dass zwischen der Schweiz und Deutschland, erst recht zwischen Konstanz und Kreuzlingen, keine Grenzkontrollen stattfinden;
5. ob sie der Meinung ist, dass – selbst wenn Grenzkontrollen stattfänden – ein Asylantragsteller, der zuvor in Kreuzlingen untergebracht war, nach derzeitiger Weisungslage innerhalb der Bundespolizei von dieser an der Grenze in die Schweiz zurückgewiesen werden könnte;
6. inwieweit sie in der zu erwartenden unkontrollierten und unkontrollierbaren Sekundärmigration aus Kreuzlingen Richtung Baden-Württemberg eine Bedrohung für die Sicherheit im Land sieht;
7. inwieweit sie darin eine Belastung der öffentlichen Haushalte – also der Steuerzahler – im Land für die zu erwartende Versorgung dieser Asylantragsteller sieht;

Eingegangen: 18.03.2019/Ausgegeben: 18.04.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

8. was sie zu unternehmen gedenkt, um den Bedenken des Landrats des Landkreises Konstanz, Frank Hämmerle (CDU), Rechnung zu tragen;
9. ob sie auf den Bundesinnenminister einzuwirken gedenkt – und ggf. warum nicht – die Bundespolizei anzuweisen, an der Grenze zur Schweiz auch diejenigen Asylantragsteller zurückzuweisen, die nicht zuvor mit Einreisesperre aus Deutschland abgeschoben wurden, nachdem der Missbrauch des Asylrechts und des Bleiberechts in Deutschland für Antragsteller, die in Schweizer Abschiebeeinrichtungen untergebracht waren, offensichtlich sein dürfte.

14. 03. 2019

Rottmann, Berg, Dürr, Pfeiffer, Palka AfD

Begründung

Am 1. März 2019 starteten in der ganzen Schweiz die beschleunigten Asylverfahren nach einer neuen gesetzlichen Grundlage, wonach die meisten Verfahren in einem Asylzentrum des Bundes abgeschlossen werden. Von diesen Schweizer Bundes-Asylzentren gibt es zwei Unterarten: In den Verfahrenszentren wohnen Flüchtlinge, während ihre Asylgesuche geprüft werden. In den Ausreisezentren („Bundesasylzentrum ohne Verfahren“) werden jene Personen untergebracht, die voraussichtlich nicht in der Schweiz bleiben dürfen.

Nach Schweizer Angaben tauchte bisher im Schnitt etwa ein Drittel der Asylsuchenden, die voraussichtlich nicht in der Schweiz bleiben dürfen, unter, diese Zahl sei zeitweise aber auch auf 60 Prozent gestiegen.

Die Nachbarstädte Kreuzlingen (Schweiz) und Konstanz sind über die deutsch-schweizerische Grenze zusammengewachsen und bilden de facto ein einziges Stadtgebiet. Dennoch richtet die Schweiz in Kreuzlingen 300 Meter von der deutschen Grenze entfernt ein Asylzentrum ein.

Das Zentrum in Kreuzlingen mit rund 300 Plätzen gehört nun zur zweiten der genannten Kategorien. Am gleichen Standort betrieb die Schweiz zwar schon seit Jahren ein sogenanntes Empfangs- und Verfahrenszentrum, worin auch Asylsuchende untergebracht waren, deren Gesuch in Bearbeitung war. Künftig werden es nur noch Dublin-Fälle sein, also Asylsuchende, für die ein anderer europäischer Staat zuständig ist sowie Asylsuchende, deren Gesuch von der Schweiz in erster Instanz abgelehnt wurden. Es gibt in der ganzen Schweiz offenbar nur noch ein weiteres ausschließliches Ausreisezentrum in Grenznähe (Vallorbe) und ein weiteres im Binnenland (Embrach).

Die in diesen Ausreisezentren Unterbrachten genießen volle Freizügigkeit und Bewegungsfreiheit. Der Konstanzer Landrat Frank Hämmerle erwartet, dass aufgrund dieser Situation bis zu 60 % der Ausreisepflichtigen untertauchen, sprich nach Deutschland weiterwandern wird. In seiner Stellungnahme vom 13. März 2019 schreibt er:

„Ziel der illegalen Grenzüberschreiter wird sicher nicht die Stadt Konstanz oder der Landkreis Konstanz sein. Vielmehr werden diese Personen in Deutschland in den Ballungszentren bei Landsleuten untertauchen. Damit wird sich die Sicherheitslage zwar nicht bei uns, aber im Bundesgebiet verschärfen. Deswegen erwarte ich von der für die Grenzsicherung zuständigen Bundespolizei, dass sie die Kontrollen intensiviert. Auch erwarte ich, dass die Bundespolizei entlang der Schweizer Grenze für diese neue Situation personell und materiell gestärkt wird. Von der Politik erwarte ich, dass die Bundespolizei vorübergehend Grenzkontrollen an diesem Grenzabschnitt durchführen darf. Denn nur dann können die Beamten auch Zurückweisungen vornehmen.“

Der Antrag soll klären, ob der Landesregierung der Ernst der Lage bewusst ist und was sie gedenkt, dagegen zu unternehmen.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 10. April 2019 Nr. 4-0141.5/16/5905 nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob sie bestätigen kann, dass 300 Meter von der deutschen Grenze bei Konstanz entfernt zum 1. März 2019 die Schweiz ein Ausreisezentrum einer Art errichtet bzw. neu eingerichtet hat, aus dem erfahrungsgemäß 60 Prozent der Untergebrachten verschwinden, weil ihnen die Abschiebung bevorsteht;*
- 2. ob sie bestätigen kann, dass nach Lukas Reichlin – Sprecher des Staatssekretariats für Migration der Schweiz – 61 Prozent der Flüchtlinge, die im vergleichbaren Bundesasylzentrum Embrach/Schweiz untergebracht sind, untertauchen und weiterwandern;*

Zu 1. und 2.:

Dem Innenministerium ist aus den Medien bekannt, dass im schweizerischen Kreuzlingen (Kanton Thurgau) ein Bundesasylzentrum eingerichtet wurde. Ebenso sind dem Innenministerium Berichte bekannt, wonach ein hoher Prozentsatz der im schweizerischen Bundesasylzentrum Embrach (Kanton Zürich) Untergebrachten untertaucht.

- 3. für wie hoch sie die Wahrscheinlichkeit hält, dass Untergebrachte in Kreuzlingen, denen die Abschiebung bevorsteht, ins 300 Meter entfernte Deutschland abwandern;*

Zu 3.:

Das Innenministerium kann keine verlässliche Prognose abgeben, in welcher Zahl die im schweizerischen Bundesasylzentrum untergebrachten Personen versuchen werden, nach Deutschland weiterzureisen.

- 4. ob ihr bewusst ist, dass zwischen der Schweiz und Deutschland, erst recht zwischen Konstanz und Kreuzlingen, keine Grenzkontrollen stattfinden;*

Zu 4.:

Dem Innenministerium ist bekannt, dass die Schweiz am 26. Oktober 2004 das Abkommen zur Einbeziehung in den Schengenraum unterzeichnet hat und Personenkontrollen an der deutsch-schweizerischen Grenze schrittweise bis Ende 2008 abgebaut wurden.

- 5. ob sie der Meinung ist, dass – selbst wenn Grenzkontrollen stattfänden – ein Asylantragsteller, der zuvor in Kreuzlingen untergebracht war, nach derzeitiger Weisungslage innerhalb der Bundespolizei von dieser an der Grenze in die Schweiz zurückgewiesen werden könnte;*

Zu 5.:

Die gesetzlichen Bestimmungen ermöglichen es unter bestimmten Voraussetzungen, illegal eingereiste Ausländer, die unmittelbar an der Grenze aufgegriffen werden, zurückzuweisen. Dabei ist es nicht entscheidend, ob der Aufgriff im Rahmen einer systematischen Grenzkontrolle oder bei einem sonstigen Aufgriff erfolgt. Zurückweisungen durch die Bundespolizei finden auch nach der derzeitigen Erlasslage statt.

6. inwieweit sie in der zu erwartenden unkontrollierten und unkontrollierbaren Sekundärmigration aus Kreuzlingen Richtung Baden-Württemberg eine Bedrohung für die Sicherheit im Land sieht;

Zu 6.:

Das Innenministerium ist sich der Probleme bewusst, die aus einer unkontrollierten Sekundärmigration resultieren können. Insoweit wird auf die Beantwortung zu Ziff. 8. und 9. verwiesen.

7. inwieweit sie darin eine Belastung der öffentlichen Haushalte – also der Steuerzahler – im Land für die zu erwartende Versorgung dieser Asylantragsteller sieht;

Zu 7.:

Auch Ausländer, die unerlaubt einreisen bzw. einen offensichtlich unbegründeten Asylantrag stellen, haben nach der bestehenden Rechtslage einen Anspruch auf Sicherung des Existenzminimums. Ob es im Zusammenhang mit der Einrichtung des Bundesasylzentrums in Kreuzlingen zu einem nennenswerten Mehrbedarf kommen wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen.

8. was sie zu unternehmen gedenkt, um den Bedenken des Landrats des Landkreises Konstanz, Frank Hämmerle (CDU), Rechnung zu tragen;

9. ob sie auf den Bundesinnenminister einzuwirken gedenkt – und ggf. warum nicht – die Bundespolizei anzuweisen, an der Grenze zur Schweiz auch diejenigen Asylantragsteller zurückzuweisen, die nicht zuvor mit Einreisesperre aus Deutschland abgeschoben wurden, nachdem der Missbrauch des Asylrechts und des Bleiberechts in Deutschland für Antragsteller, die in Schweizer Abschiebeeinrichtungen untergebracht waren, offensichtlich sein dürfte.

Zu 8. und 9.:

Das Innenministerium nimmt die Entwicklung der Zugangszahlen, insbesondere an den Grenzabschnitten zur Schweiz, ernst und wird diese auch weiterhin aufmerksam verfolgen. Zuletzt war das Migrationsgeschehen tendenziell rückläufig, dennoch wird das Innenministerium die Lage an der deutsch-schweizerischen Grenze aufmerksam im Blick behalten.

Sollten sich zukünftig Brennpunkte herausbilden, wird die Polizei mit gezielten Maßnahmen (z. B. verstärkte Fahndung, Fernbuskontrollen usw.) reagieren.

Die Überwachung der Bundesgrenzen obliegt jedoch grundsätzlich der Zuständigkeit der Bundespolizei. Daher hat sich der Innenminister an den Bundesinnenminister gewandt und darum gebeten, die Bundespolizei nicht zuletzt personell so aufzustellen, dass sie ohne zeitlichen Verzug auf sich ändernde Lagen reagieren kann.

Strobl

Minister für Inneres,
Digitalisierung und Migration